

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Dezember 1959

62/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K r a n z l m a y r, Dr. M a l e t a, M i t t e n-  
d o r f e r und Genossen  
an den Vizekanzler,  
betreffend einen Fall von Gesinnungsterror bei den Vereinigten  
Österreichischen Eisen- und Stahlwerken in Linz.

-.-.-

Das Gemeindeausschussmitglied von St. Marien an der Krems, Herr  
Wilhelm Großbauer; ist bei den Vereinigten Österreichischen Eisen- und  
Stahlwerken in Linz in der Grobblechadjustage beschäftigt. Am 17.11.d.J.  
wurde Herr Großbauer von <sup>Nationalrat</sup> Karl Kramer und noch einem Herrn  
an seinem Arbeitsplatz in den VÖEST aufgesucht und unter Hinweis auf den  
Arbeitsplatz in den VÖEST aufgefordert, als Gemeindeausschussmitglied  
von St. Marien an der Krems zurückzutreten. Herr Großbauer hat dann am 18.11.  
an den Bürgermeister von St. Marien an der Krems geschrieben und seine Stelle  
als Gemeindeausschussmitglied zurückgelegt. In dem Schreiben heisst es u.a.:

"Am 17.11.1959 wurde ich von den Herren der Landesparteileitung der SPÖ  
Bundesrat Kramer und dessen Bezirkssekretär von Linz - Land an meinem  
Arbeitsplatz in den VÖEST (Grobblechadjustage) aufgesucht und eine sofortige,  
vordiktierte Erklärung meines freiwilligen Rücktrittes als Gemeindeausschuss-  
mitglied an den Herrn Bürgermeister von St. Marien, ohne der Möglichkeit,  
diese in gegenständlicher Form zu verfassen, abverlangt.

Weiters wurde mir noch mein Arbeitsplatz vorgehalten, ob mir bewusst  
wäre, wo ich stehe, und habe schliesslich eine formlose, freiwillige Verzichts-  
erklärung meines Gemeindefamandates den Herren gegeben. Ich erkläre nun hiemit  
auf Wunsch der SPÖ-Fraktion St. Marien und auf Grund deren Intervention  
bei den angeführten Herren der Landesparteileitung meinen Austritt als Ge-  
meindeausschussmitglied der SPÖ-Fraktion und stelle somit mein Mandat einem  
Ersatzmitglied frei.

Die von mir am Arbeitsplatz abverlangte Erklärung an den Herrn Bürger-  
meister von St. Marien erkläre ich für gegenstandslos, da der Wortlaut  
"freiwillige" nicht der reinen Wahrheit entspricht und ich befürchte, dass  
ansonsten mein Rücktritt von seiten der SPÖ-Fraktion nicht zur Kenntnis  
genommen wird."

Nach Ansicht der Anfragesteller liegt hier ein eklatanter Fall von  
Gesinnungsterror vor. Sie richten daher an den Herrn Vizekanzler die

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Herr Vizekanzler bereit, eine strenge Untersuchung insbesondere in  
der Richtung durchzuführen, wieso es möglich ist, dass politische Funktionäre  
die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz aufsuchen und erpressen ?
- 2.) Was gedenkt der Herr Vizekanzler zu unternehmen, damit solche oder ähnliche  
skandalöse Vorfälle in Zukunft unterbleiben ?